

# Inhaltsverzeichnis

I.	Einführung	9
II.	Ziele, Aufbau und wichtigste Inhalte des »neuBBG«	12
1.	Ziele des Gesetzentwurfs	12
2.	Aufbau des Gesetzentwurfs	12
3.	Die wichtigsten Inhalte des Gesetzentwurfs	13
III.	Die Vereinbarkeit des »neuBBG« mit dem Grundgesetz	15
1.	Der Übergang vom Dienst- und Treueverhältnis zu einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis	15
a)	Das Beamtenverhältnis i.S.d. »neuBBG« als öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis	15
b)	Das Beamtenverhältnis als »öffentlicht-rechtliches Arbeitsverhältnis« im Lichte der Rechtsprechung des BVerfG zu Art. 33 Abs. 4 und 5 GG	16
aa)	Die verfassungsrechtlichen Charakteristika des Beamtenverhältnisses als Dienst- und Treueverhältnis	16
(a)	Die fehlende synallagmatische Verknüpfung von Besoldung und Dienstplicht; der Unterhaltscharakter der Alimentation	16
(b)	Weitere verfassungsrechtliche Charakteristika des Beamtenverhältnisses	20
bb)	Das Konzept des »neuBBG« vom Beamtenverhältnis als Arbeitsverhältnis vor dem Hintergrund dieser Vorgaben	20
(a)	Inhaltsänderung oder bloßer Terminologiewchsel?	20
(b)	Verfassungstreue/Amtseid	21
(c)	Aushändigung einer Ernennungsurkunde, Grundsätze für Personalentscheidungen	22
(d)	Formen des Beamtenverhältnisses, Beendigung des Beamtenverhältnisses; Disziplinarrecht	22
(e)	Synallagmatische Verknüpfung von Leistung und Gegenleistung?	24
cc)	Ergebnis	26

2.	Die Begründung des Beamtenverhältnisses durch Einstellungsvertrag	26
a)	Ernennung durch Verwaltungsakt als »hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums«?	26
aa)	»Herkömmlichkeit« eines derartigen Grundsatzes	27
bb)	Zugehörigkeit zu einem Kernbestand an Strukturprinzipien des Berufsbeamtentums	28
cc)	Ergebnis	30
b)	Die weiteren Inhalte eines Einstellungsvertrags über die formale Ersetzung der Ernennung durch Verwaltungsakt hinaus vor den Vorgaben des Grundgesetzes	31
aa)	Die von § 9 neuBBG vorgesehenen Inhalte eines Einstellungsvertrags	31
bb)	Verfassungsrechtliche Beurteilung dieser Vertragsinhalte	32
(a)	Individuelle Verhandelbarkeit der Vertragsinhalte?	32
(b)	»Vergütung« als Verhandlungsgegenstand oder gesetzlich geregelte Alimentation?	33
(c)	Aushandlung der auszuübenden Tätigkeiten	33
(d)	Arbeitszeit als Verhandlungsgegenstand	35
(e)	Aushandlung von Ort und Dienststelle	36
(f)	Aushandlung des jährlichen Urlaubsanspruchs	36
(g)	Bestimmung der weisungsfreien Tätigkeiten durch den Einstellungsvertrag	36
cc)	Ergebnis	37
3.	Der verfassungsrechtlich zulässige Umfang kollektivrechtlicher Regelungen für Beamte	37
a)	Die Regelungen des »neuBBG«	37
b)	Die verfassungsrechtlichen Begrenzungen kollektivrechtlicher Regelungen für Beamte	38
aa)	Koalitionsfreiheit für Beamte und Gesetzesprägtheit des Beamtenverhältnisses	38
bb)	Gesetzesvorbehalt für die Alimentation und tarifvertragliche Aushandlung der Vergütungsordnungen	40

cc)	Gesetzesvorbehalt für die Voraussetzungen der Begründung, Änderung und Beendigung des Beamtenverhältnisses und tarifvertraglicher Regelungsanspruch	40
dd)	Verordnungsermächtigungen und verbleibender Spielraum für kollektivvertragliche Regelungen	41
c)	Ergebnis	41
4.	Sonstige, verfassungsrechtlich relevante Einzelregelungen des Entwurfs für ein »neuBBG«	42
a)	Beschränkung des Einsatzes von Beamten auf bestimmte Bereiche	42
aa)	Die durch das »neuBBG« insoweit aufgeworfenen Fragen	42
bb)	Die Bedeutung des Art. 39 Abs. 4 EGV für den möglichen Einsatz von Beamten	42
cc)	Der Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG	44
b)	Konsequenzen des »neuBBG« für das Streikverbot für Beamte	45
c)	Die Anwendung des »neuBBG« auf alle bestehenden Beamtenverhältnisse	47
d)	Die Anwendung von arbeitsrechtlichen EG-Richtlinien auf Beamte	49
IV.	Schluß	51
	Text des ÖTV-Entwurfs	53